



FOTO: RUDI PENK

### Keine Boxnacht

Vitali Urich von der TSG Giengen blickt nach vorn. (Seite 11)

# HEIDENHEIMER ZEITUNG

www.hz.de

MITTWOCH 17. November 2021 · 1.90 €

## Stadt & Region



### Geschenkpaten erfüllen Weihnachtswünsche

Rund 850 Wunschzettel bedürftiger Kinder hat die Aktion Schneeflocke eingesammelt. Die meisten davon wurden abgeholt.

Heidenheim Seite 10

### VCD sieht geplante Straßentrasse kritisch

Als großen Eingriff in die Natur wertet der Verkehrsclub die Stadtstrandstraße zwischen Giengen und Hermaringen.

Giengen Seite 11

### Grundschule keine heile Welt mehr

Ab nächstem Schuljahr findet in der Wartbergsschule Schulsozialarbeit statt. Rektorin Simone Feldwieser sieht darin eine Stärkung der Schule. Auch an den Grundschulen gebe es heute vermehrt Streitereien.

Herbrechtingen Seite 13

### Ist der Breamahock zu teuer?

Natthaim. 2022 soll die Veranstaltung wieder stattfinden. Gleichzeitig wird über eine drastische Reduzierung des Budgets diskutiert.

Kreis und Region Seite 15



### Wer einst gegen Gerd Müller antrat

Vor knapp 60 Jahren war der große FC Bayern zu Gast auf dem Stettberg in Burgberg. Die Beteiligten sind noch immer fasziniert.

Regionalsport Seite 20

### Sie wünschen, der Kantor spielt

Giengen. Christoph Kuppler plant vor Weihnachten ein Orgelwunschkonzert in der Stadtkirche. Nun wartet er auf Wünsche.

Kultur Seite 23

Fernsehprogramm Seite 13

Roman Seite 16

Service Seite 17

Familienanzeigen Seite 27

B 3596

Nr. 266/172. Jahrgang



## Ein weiterer Winter im Schatten des Virus

Die Corona-Alarmstufe gilt ab Mittwoch in ganz Baden-Württemberg. Was bedeutet das für die Menschen im Landkreis Heidenheim? Das neue Regelwerk ist breit gefächert und betrifft

nahezu alle Lebenslagen, vor allem die der Ungeimpften. Wie reagieren die Einzelhändler, wie die Gastronomen? Wer ist für die Kontrolle verantwortlich? In der Praxis ist die Umsetzung oftmals

gar nicht so einfach. Eine gute Nachricht bleibt den Heidenheimern: Der Weihnachtsmarkt wird nach dem Ausfall 2020 stattfinden. Mehr dazu und unter welchen Regeln: Seite 9. Foto: Rudi Penk

# Menschen im Land wollen Verbrennungsmotor behalten

**Politik** Nur 25 Prozent der Befragten sprechen sich in einer Umfrage für ein Ende von Benzinern und Diesel bis 2030 aus. Viele fürchten finanzielle Belastungen. Von David Nau

Die Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg ist gegen ein Ende des Verbrennungsmotors bis zum Jahr 2030. Das geht aus der neuesten Ausgabe des BaWü-Checks hervor, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen. Demnach spricht sich mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) dagegen aus, dass ab 2030 keine neuen Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb zugelassen werden. Dafür ist nur ein Viertel der Befragten.

Große Unterschiede gibt es bei der Bewertung des Verbrenner-Endes zwischen Land- und Stadtbewohnern: Während in den Großstädten nur 47 Prozent gegen ein Ende des Verbrennungsmotors sind, ist die Ablehnung auf dem Land deutlich höher: Fast zwei Drittel der Befragten (64 Prozent) sind dagegen. Ein möglicher Grund für dieses Ergebnis könnte die Sorge der Menschen sein, dass sie durch Klimaschutzmaßnahmen stärker finanziell belastet

werden. Gut die Hälfte der Befragten rechnet damit, dass Maßnahmen zum Klimaschutz in den kommenden Jahren eine große finanzielle Belastung werden. Bei Menschen, die aktuell stark von Preissteigerungen betroffen sind, rechnen sogar 68 Prozent damit. Und obwohl 55 Prozent der Befragten der Meinung sind, die neue Bundesregierung müsse sich besonders um den Umwelt- und Klimaschutz kümmern, ist der eigene

Geldbeutel wohl die Grenze: Mehr als die Hälfte der Befragten (53 Prozent) ist der Umfrage zufolge nicht bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu bezahlen. Nur gut jeder Vierte wäre bereit, für den Klimaschutz auch tiefer ins Portemonnaie zu greifen. Das könnte auch damit zusammenhängen, dass sich die Mehrheit der Befragten durch die Preissteigerungen der vergangenen Monate stark oder sehr stark belastet fühlt. **Kommentar und Südwestumschau**



# Kretschmann fürchtet neuen Lockdown

**Pandemie** Die Alarmstufe gilt – doch schärfere Maßnahmen seien nicht auszuschließen.

Stuttgart. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) schließt angesichts der dramatischen Corona-Lage einen erneuten Lockdown nicht aus. Man habe das Stand heute nicht vor und halte an der 2G-Regel fest, sagte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart. „Ob wir nochmal in die Situationen kommen, dass wir noch weitergehen müssen,

hängt auch von den Auffrischungsimpfungen ab.“ Er hoffe nicht, dass es nochmal zu einer solchen Lage komme. „Aber ausschließen kann man wirklich nichts.“ Es könne sein, dass man die Größe von Veranstaltungen allgemein begrenze. Das Land pocht daher mit Blick auf das Auslaufen der epidemischen Lage nationaler Tragweite auf eine andauernde

Rechtsgrundlage für Ausgangsbeschränkungen. Diese seien nach dem neuen Entwurf der „Ampel“ für das Infektionsschutzgesetz nicht mehr möglich, hieß es in Regierungskreisen. Auch Ausgangsbeschränkungen nur für Ungeimpfte seien demnach nicht mehr möglich. Ein Hauptziel des Landes bei der Ministerpräsidentenkonferenz am Donnerstag sei, eine

ausreichende Rechtsgrundlage zu erreichen. Das Auslaufen der epidemischen Lage komme zweifelsohne zu früh, kritisierte Kretschmann. In Baden-Württemberg gilt von Mittwoch an die „Alarmstufe“ mit weitreichenden Einschränkungen für Ungeimpfte und 2G-Regeln im öffentlichen Leben. **dpa Südwestumschau**

# Houston..wir...kein....Problem

Die Menschheit dürstet nach Wissen über das Leben auf anderen Planeten. Wahrscheinlich werden wir darüber aber nie etwas erfahren. Zwar sind Hunderttausende bereit, ihr irdisches Leben an den Nagel zu hängen und ein Ticket zum Mars zu buchen, aber vorbereitende Isolationsexperimente haben gezeigt, dass sich die künftigen Raumfahrer so verhalten wie von den Eltern durch Beruf und Umzug getrennte Kinder. Erst rufen Letztere täglich an, dann einmal im Monat und irgendwann reißt der Kontakt ab.

Zum Mars braucht das Funksignal überdies etwa 20 Minuten. Das macht bei zweimal „Hallo“ schon fast eine Dreiviertelstunde. Da vergeht einem das Quasseln. Und siehe da, die Marsianer in spe reden während der Experimentierphase mit der Basisstation immer lustloser, besprechen ihre Probleme nur noch untereinander, werden einander ähnlicher und somit zur selbstständigen Einheit. Geht es dann wirklich in die Ferne, bekommt das Wort

„Marsmenschen“ eine neue, nein, seine eigentliche Bedeutung. Und weil sich Menschen ja nicht grundsätzlich ändern, werden Science-Fiction-Fantasien zur Realität. Wie bei „Mars Attacks!“ werden die ins All entsandten bald kichernd angefliegen kommen, erst die Willkommens-Friedensstaube erleben, dann uns. Und nichts werden sie uns vorher erzählen über das Leben auf dem Mars. So traurig kann Forschung manchmal sein. **André Bochow**

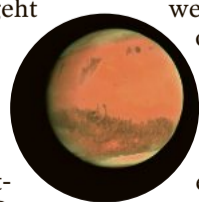


FOTO: ESA/ESOC/DPA

### Kommentar

Ulrich Becker zu den Ergebnissen des BaWü-Checks



## Banale Wahrheit

Die Umfrageergebnisse des BaWü-Checks scheinen auf den ersten Blick trivial: Niemand bezahlt gerne mehr, und niemand trennt sich gern von Vertrautem. Höhere Energiepreise für den Klimaschutz, das Aus für den Verbrenner schon 2030? Dafür gibt es im Land keine Mehrheiten.

Doch was auf den ersten Blick banal wirkt, offenbart ein grundsätzliches Problem der Politik. In dem drängenden und richtigen Wunsch, die Welt vor der Klima-Katastrophe zu bewahren, vergessen die zukünftigen Ampelkoalitionäre, dass es nicht genügt, ein oftmals gutverdienendes Publikum von den eigenen Ansichten zu überzeugen. Die Weisheit mag überstrapaziert sein, falsch ist sie dennoch nicht: Man muss die Menschen mitnehmen und sie nicht ständig moralisch unter Druck setzen. Der Wandel hin zu einer ökologischen Gesellschaft muss nicht nur sinnvoll sein, er muss bezahlbar für alle bleiben und vielleicht sogar ein wenig Spaß machen.

Ob das in die moralisierende Welt einiger Überzeugungstäter in den Parteien passt, scheint angesichts etlicher Äußerungen fraglich. Doch anders lassen sich die Köpfe und vor allem die Herzen der Menschen nicht gewinnen.

## Vertrag soll bald stehen

**Ampel** Die Parteien wollen nächste Woche ein Papier vorlegen.

Berlin. Die mögliche künftige Ampel-Koalition hält am Plan fest, kommende Woche einen Koalitionsvertrag vorzulegen. Das teilten die Generalsekretäre von SPD, Grünen und FDP in Berlin mit. Alle drei äußerten sich zufrieden mit dem Stand der Verhandlungen – auch die Grünen, aus deren Reihen zuletzt Kritik zur Klimapolitik gekommen war. „Ich bin mit vielen der erreichten Zwischenstände zufrieden“, sagte Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner. Es sei „noch manches dicke Brett zu bohren.“ Es gehe aber voran. **dpa**

## Österreich Kliniken bereiten Triage vor

Salzburg. Die Krankenhaus-Versorgung im österreichischen Bundesland Salzburg steht wegen der angespannten Corona-Lage auf der Kippe. Die Landeskliniken gaben am Dienstag bekannt, dass ein Triage-Team zusammengestellt werde, weil die Behandlung aller Patienten nach geltenden Standards bald nicht mehr garantiert werden könne. Triage bedeutet, dass Mediziner aufgrund von knappen Ressourcen entscheiden müssen, wem sie zuerst helfen. **dpa**

## Kontakt zur HZ

**Abo und Zustellung**  
07321 347-142  
lesermarkt@hz.de

**Anzeigen schalten**  
07321 347-0  
anzeigenmarkt@hz.de

**Online-Kundencenter**  
service.hz.de

**Kontakt zur Redaktion**  
07321 347-153  
redaktion@hz.de

**Postanschrift**  
Heidenheimer Zeitung  
Olgastraße 15  
89518 Heidenheim